

Horst Schieckel

IST DER SOZIALAUFWAND ZU HOCH?

In der Presse und in zahlreichen Verlautbarungen amtlicher und nichtamtlicher Stellen der letzten Jahre, insbesondere nach der Währungsreform, taucht immer wieder die Erklärung auf, der deutsche Sozialaufwand sei in einer Weise gestiegen, die nicht mehr zu verantworten und nicht mehr tragbar sei. Daher dürfte es nicht unwichtig sein, diese Behauptung einmal hinsichtlich ihrer Berechtigung ganz nüchtern an Hand der statistischen Unterlagen nachzuprüfen. Nach den Feststellungen des Bundes-Arbeitsministeriums betragen die jährlichen *Gesamteinnahmen* der deutschen Sozialversicherung (in Millionen Mark):

am 1. 1. 50	Im Jahre 1929	Im Jahre 1936
6585	5297	5089

Die *Staatszuschüsse* betragen (in Millionen Mark):

	am 1.1.50	1929:	1936:
1. zur Sozialversicherung:	650	954	541
2. zur Kriegsoferversorgung:	2400	1410	916
3. zur Arbeitslosenfürsorge:	850	182	—
4. zur wertschaffenden Arbeitslosenhilfe:	60	6	—
5. zur Fürsorge:	1250	1346	1347
6. zur Zivilversorgung: ¹⁾	850	1028	1073
7. zur Versorgung der Wehrmichtsangehörigen.:	100	287	222
Insgesamt:	6160	5213	4099

¹⁾ Es mag dahingestellt bleiben, ob die Zivilversorgung überhaupt zu dem "Sozialaufwand" zu rechnen ist.

Was besagen diese Zahlen? Zunächst einmal, dass die Einnahmen der Sozialversicherung im Bundesgebiet am 1. 1. 1950 um 1288 Millionen Mark höher waren als in dem wesentlich größeren Reichsgebiet im Jahre 1929. also dem Jahre wirtschaftlicher Hochkonjunktur, und sogar um 1496 Millionen Mark höher als im Jahre 1936, der Blütezeit des Nationalsozialismus. Sie besagen ferner, dass trotz des Zustromes an Flüchtlingen und Kriegsbeschädigten die Staatszuschüsse des Bundesgebietes nur um 947 Millionen Mark höher waren als 1929 die des Altreiches und nur um 2061 Millionen Mark höher als im Jahre 1956.

Dieses Zahlenbild verändert sich aber weiterhin, wenn man berücksichtigt, dass nach dem Stande vom 1. 1. 1950 das Steueraufkommen im Bundesgebiet 17 600 Millionen Mark betrug, im Jahre 1929 im Reichsgebiet jedoch nur 14379 Millionen Mark. Das bedeutet also, dass die Staatszuschüsse zu den Soziallasten im Bundesgebiet 35 v. H. des Steueraufkommens betragen, im Jahre 1929 jedoch 36,3 v. H. betragen. Während die Ausgaben und Einnahmen am 1. 1. 50 mit 21 200 Millionen Mark ausbalanciert waren, überstiegen im Jahre 1939 die Ausgaben des Reiches die Einnahmen um 12 397 Millionen Mark, während das Defizit im Jahre 1929 lediglich 946 RM betrug. Es ist m. E. auch falsch, wenn man, wie es in einem Bericht in „Der Arbeitgeber“ (1950, Nr. 8, Seite 23) geschieht, die 6585 Millionen DM Beiträge zur Sozialversicherung und die 6160 Millionen DM Staatszuschüsse zum Sozialaufwand (einschließlich der Leistungen an Kriegsbeschädigte und Fürsorgeempfänger) zusammenaddiert und daraus 40 v. H. der Löhne und Gehälter als „Soziallast“ errechnet. Denn die 6585 Millionen DM Sozialversicherungsbeiträge sind selbst ein Teil des Lohnes und die Staatszuschüsse können nicht in Beziehung zu den Löhnen gebracht werden, sondern allenfalls zum Volkseinkommen, von dem sie aber nicht 20 v. H., wie im „Arbeitgeber“ behauptet wird, betragen, sondern nur 10 v. H. Will man aber den eigentlichen heutigen Sozialaufwand im Bundesgebiet überhaupt berechnen, so muss man die Lasten für die - Versorgung der Kriegsbeschädigten außer Betracht lassen, denn sie gehören zu den Kriegsfolgelasten wie die Besatzungskosten, die Kosten für den Wiederaufbau unserer Städte und die Entschädigung der von Kriegsfolgen betroffenen Personen. Unter „Soziallasten“ kann man aber nur diejenigen Kosten berücksichtigen, die auf dem Gebiete der Sozialpolitik bzw. in Auswirkung sozialpolitischer Maßnahmen entstehen. Von den obengenannten Zahlen sind also zum mindesten die unter Ziffer 2 für die Kriegsopferversorgung genannten Beträge abzusetzen. Dies ergibt aber als reinen Sozialaufwand:

1. 1. 50	1929	1936
3760 Millionen DM	3803 Millionen RM	3183 Millionen RM

Der reine Sozialaufwand ist also im Bundesgebiet absolut um 43 Millionen DM niedriger als im Jahre 1929 im Reichsgebiet und nur um 620 Millionen DM höher als im Jahre 1936 in dem damaligen Reichsgebiet (einschließlich der Saar). Oder in Beziehung gesetzt zum Steueraufkommen: 21,4 v. H. desselben im Jahre 1950 gegenüber 27 v. H. im Jahre 1929 und immer noch 23 v. H. im Jahre 1936.

Aus Vorstehendem ergibt sich, dass keine Rede davon sein kann, dass die Lasten für soziale Zwecke ständig im Steigen begriffen seien, sondern dass es durchaus so ist, dass die Belastung des Staatshaushaltes durch den reinen Sozialetat heute geringer ist als sie in den Jahren 1929 und 1936 in Deutschland war, obwohl die Zahl der Unterstützungsempfänger heute wesentlich größer ist.

Aber wie steht es nun überhaupt mit dem Sozialaufwand eines Volkes? Stellt er tatsächlich, wie immer wieder behauptet wird, eine „Belastung“ der Wirtschaft dar? Dazu wäre folgendes zu sagen: man kann den Kapitalwert der im Bundesgebiet lebenden rund 50 Millionen Menschen mit 1000 Milliarden DM rechnen (auf Grund von Berechnungen, die vor dem Kriege angestellt wurden, z. B. von Ida Meyer und Freudenberg). Werden also für die Lebenserhaltung und Lebenssicherung dieser Menschen jährlich 10 Milliarden Mark aufgewendet, so ist dies 1 v. H. Für die Erhaltung und Amortisation von Maschinen, Häusern und Fabrikanlagen rechnet man betriebswirtschaftlich das Doppelte, nämlich 2 v. H. Gewiss kann und soll man den Wert des Menschen nicht in Geld und Zahlen messen. Aber denen, die immer nur mit dem Rechenstift arbeiten und glauben, an alle Dinge einen rein ökonomischen Maßstab anlegen zu müssen, sei die konkrete Frage gestellt, ob sie im Ernst behaupten wollen, dieses 1 v. H. für die Amortisation des im Menschen repräsentierten ökonomischen Wertes sei eine zu starke „Belastung“ der Wirtschaft? In seinem Buche „Vollbeschäftigung in einer freien Gesellschaft“ sagt Lord Beveridge: „Ein Volk, das bereit ist, sich mit Arbeitslosigkeit, Slums und Elend abzufinden, das seine Kinder lieber hungern läßt und nicht täglich für seine kranken und alten Leute sorgt, bloß weil sonst die interne Staatsschuld steigen müßte, ein solches Volk hat alles Maß verloren, und es weiß nicht mehr, was wichtig und was unwichtig ist.“ Auf diese Worte des englischen Liberalen sollte man hinweisen, wenn behauptet wird, die schlechte Finanzlage des Staates gestatte keine Verbesserungen der sozialen Leistungen. Der Sozialaufwand in Deutschland ist zweifellos hoch, aber er ist nicht zu hoch und er ist — dies vor allem sollte hier gezeigt werden — nicht wesentlich höher als er früher war. Und vor allem ist der Sozialaufwand nicht unproduktiv, wie es die Milliarden waren, die die Rüstungsindustrie verschlungen hat, sondern produktiv, weil er nicht auf die hohe Kante gelegt wird oder im Sparstrumpf verschwindet, sondern sofort für Konsumzwecke verbraucht wird und infolgedessen der Wirtschaft dient.